

Das heißt durchaus nicht, daß es keine „Stabilisierung“ gibt. Die Stabilität der Executive sind vollkommen richtig.

Aus einem großen Stabilisierung für einen kleinen Kapitalismus bedeutet folgendes: Die wirtschaftliche Stabilisierung des Kapitalismus ist sehr relativ. Man darf sie nicht ignorieren, man muß sie jedoch einer richtigen Politik des Proletariats in Rechnung stellen. Alle Verschlüsse der jüngsten Logung der Erweiterter Executive in der Frage der Stabilisierung sind vollkommen und unbedingt richtig. Aber diese Verschlüsse müssen gerade darauf hin, daß auch bei der Stabilisierung des Kapitalismus leider mit jedem kleinen Schritt für die Schaffung einer Lage sorgt, die objektiv die Föderalbewirkerung fördert. Föderalbewirkerung — das sind nicht nur Thesen über Föderalbewirkerung, nicht nur gute föderalbewirkerische Schriften. Föderalbewirkerung — das sind die Ereignisse in China. Föderalbewirkerung — das ist die Annäherung des englisch-russischen Gewerkschaften. Föderalbewirkerung — das ist das Anwachsen des Einflusses der englischen Kommunistischen Partei. Föderalbewirkerung — das ist die wachsende Unzufriedenheit aller französischen Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Auffassungen, gegen den Krieg in Marocco. Föderalbewirkerung — das ist die gemeinsame, im Weltmarkt vergebene Arbeit aller bewußten Hobbys der proletarischen Revolution an der Siedlung des Proletariats, die die welthistorische Mission gegen den Kapitalismus zu erfüllen haben. Föderalbewirkerung — das ist die Organisierung der Kräfte der proletarischen Avantgarde, damit sie imstande ist, nicht nur die ganze Arbeiterschaft, sondern auch die unterdrückten Volker der Welt, die die Helden des Imperialismus abschütteln und nach Freiheit streben, hinter sich zu führen.

Die gegenwärtige Lage in Europa wird durch folgende sechs Tatsachen gekennzeichnet:

1. Hochster revolutionärer Aufschwung in China, der bereits das Stadium des allgemeinen Streits erreicht.

2. Krieg in Marocco, der bereits beginnt, selbst die Arbeiter, die den menschewistischen Sozialisten folgen, auf die Seite zu bringen.

3. Steigen der Arbeitslosigkeit in England, das bereits zu großen Demonstrationen der Arbeiterschaft und zur Einberufung — unter beträchtlichem Einfluß der englischen Kommunistischen Partei — eines außerordentlichen Gewerkschaftsgartes führt.

4. Beginn einer großen finanziellen Krise in Deutschland, die bereits zum Zusammenbruch des Stinneskonsenses führte. (Der bestreitbare Beginn der Zahlungen nach dem Dawesplan wird diese Krise verschärfen.)

5. Schleichende finanziell-wirtschaftliche Krise in Frankreich, einem Lande, das im imperialistischen Kriege gesiegt hat und im wesentlichen denselben Weg durchmacht, den die besiegten Länder durchgemacht haben.

6. Rasches Anwachsen der Wirtschaft und reiche Ernte in der Sowjetunion.

Wenn man noch hinzufügt, daß seit Bekämpfung der Logung der Erweiterter Executive noch solche Ereignisse stattgefunden haben, wie die Wahl Hindenburgs, das Verschwinden der Regierung Herriot, die Ereignisse in Bulgarien, das hier und hier um den sogenannten Garantiepakt, dann wird es klar, daß alle Hinweise der Erweiterter Executive der Komintern über die Grenzen der Stabilisierung, über die Relativität der Stabilisierung des Kapitalismus vollkommen gerechtfertigt sind.

Kriegskredite für Marocco

Ablehnung durch die Sozialisten?

(TU) Berlin, den 6. Juli. Wie der „Montag“ aus Paris meldet, wird im Verlaufe dieser Woche der Kammer ein neuer Kreditbescheid für Marocco vorlegen. Nach den Plänen gilt jetzt schon als feststehend, daß die Sozialisten die Kredite ablehnen werden.

Renard für die Offensive gegen Marocco

Paris. Die militärische Lage auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz steht für die französischen Imperialisten nach ihren eigenen Aussichten sehr ernst. Die aus Marocco zurückgekehrte Parlamentsdelegation hat in einer Sitzung der Armee-Kommission erklärt, eine Offensive sei dringend notwendig, weil der Angriff im Partitionenkrieg weniger kostspielig sei als eine abwartende Haltung; außerdem müsse ein besonderer, vom Generalstab verantworteter Voraussetzung unabhängiger Militäroberbefehlshaber ernannt werden. Als Vertreter der Sozialdemokraten unterstützte Renard die Auflösung und trat gleichfalls für die energische, offensive Weiterführung der begonnenen militärischen Operationen ein. Der Krieg in Marocco müsse unter allen Umständen schnell beendet werden. Unter der Voraussetzung einer Offensive müßten dann Friedensverhandlungen eingeleitet werden.

Die R.P.F. fordert den Generalstreik gegen den Krieg

(TU) Paris, den 6. Juli. Der kommunistische Arbeiter- und Bauernkongress ist gestern nach zweitägiger Beratung zu Ende gegangen. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, nach der die gesamte Arbeiterschaft Frankreichs in den nächsten Tagen aufgerufen werden soll, wenn der Marokkounternehmen den Generalstreik einzuschlagen. Ein Exekutivomitee von 100 Mitgliedern soll mit der Vornahme der Aufgaben beauftragt werden. Außerdem ist eine Entsendung einer Untersuchungskommission nach Marocco beschlossen worden. Morgen wird sich eine Abordnung zu Vainlavé begeben.

Politischer Überfall auf die Sowjetgrenze

(DG) Charkov, den 6. Juli. An der polnisch-russischen Grenze bei Baryschewka (Sowjetukraine), hat sich ein erster Zwischenfall ereignet. Nach den hier vorliegenden Mitteilungen fanden zwei polnische Offiziere zum russischen Grenzwachtposten Nr. 8 und darüber von dem Wachhabenden die sofortige Auslieferung eines geflüchteten Deutschen, wahrscheinlich für „die Feindlichkeit eröffnen würden.“ Die Antwort des russischen Wachhabenden, daß ihm von dem ganzen Vorfall nichts bekannt sei, hätte sie nicht geben lassen und daraus mit 120 Mann Infanterie und 20 Kanonen die Grenze überschritten. Die Russen hätten nach einem Feuergefecht flüchten müssen, nachdem der Wachhabende verwundet und das Wachhaus von den Polen zerstört worden war. Eine zweite Grenzüberschreitung hätte fast gleich darauf nochmals ereignet. Die Regierung des Reichsrates im Gegenbegriff ist groß, zumal die Russen wiederholte offizielle haben sollen, daß Krieg keines vor der Zeit.

Her mit der Generalamnestie!

In der deutschen Republik wird die Justiz als eine den politischen Zwecken der Bourgeoisie untergeordnete Tätigkeit gehandhabt, indem sie einsichtig gegen alle wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterschaft um bessere Lebensbedingungen vorgeht. Während Arbeiterschaft und Reaktionen den Staat, das schaffende Volk und Angehörige linksgerichteter Parteien fast ständig bekämpfen können, ja selbst viele Worte ungehobelt begehen können, werden Arbeiter und linke Politiker schon beim geringsten Anlaß zu jahrelangen Arreststrafen verurteilt.

Hier die deutsche Justiz gilt nicht der Grundsatz der „Gerechtigkeit“, sondern der Grundsatz der Vernichtung der politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Nicht nur die Unterstüzung gleichwohl noch diesem leichten Grundsatz, sondern alle Organe der Justiz sind in dieser Richtung tätig, wie beispielhaft der große Leipzig Spiekelprosch enthüllt hat. Die Polizei nimmt Untersuchungsabhandlungen vor, die mit den gleichen Bestimmungen im trocken Widerpruch stehen. Im Untersuchungsverfahren werden Methoden angewandt — Drohung mit der Hinrichtung, Besprechung mit dem Urteil, beschalte Spiegel — die im leichten Gegenhak zur Strafprozeßordnung stehen. In der Hauptverhandlung werden Beweisanträge mit gewidriger Begründung abgelehnt, Verteidiger durch Polizei entfernt. Das sind Vorgänge, die keinen Zweck mehr lassen, daß die Justiz nur den Zweck verfolgt, die politischen Gegner der urteilt sind;

brush des politischen Widerstandes ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen;

b) im Herbst 1928 an der Abwehr des von München aus für das ganze Reich geplanten Umlaufers und der sich im Winter 1928/29 daran anschließenden hochversetzlichen Unternehmungen mit ihren wirtschaftlichen, militärischen und politischen Auswirkungen;

c) vom Jahre 1918 bis zum Aufstand des Volkes an Bevölkerungen und Untertanen, die verunsichert wurden durch Tötung, Hungersnot, Inflation, Stilllegung der Produktion, Arbeitslosigkeit und gleichartige soziale Erscheinungen;

d) allen Verurteilten und noch strafrechtlich Verfolgten aus Gründen des Gesetzes zum Schutz der Republik sowie während des Ausnahmezustandes auf Grund von Verordnungen des Reiches und der Länder sowie ihrer beauftragten Organe (Wehrmachtskommandos, Oberpräsidenten, Reichspräsidenten), die Verurteilten gegen die Kommunistische Partei, gegen die Kommunistische Jugend, gegen die Bildung von Kombinaten, gegen die Kontrollausschüsse der Produktion und des Handels, gegen die Betriebsräte, gegen Versammlungen, Konferenzen, Kongresse, Arbeitertage, Plakate, Flugblätter, Zeitungen und Zeitschriften sowie alle diejenigen, die wegen Beteiligung an Kampf-, Demonstrationen, Umgängen gegen ihre politischen Gegner verurteilt sind;

e) allen Verurteilten und noch strafrechtlich Verfolgten, die unter 1 und 2 aufgeführten Handlungen aufgefordert, zu gestehen oder im Zusammenhang mit ihrer Vertheidigung sich einen Pressevergehen schuldig gemacht haben;

f) Ferneshind zu amnestieren;

g) die von Militärgerichten, Kriegsgerichten und Sondergerichten wegen politischer Vergehen verurteilten Personen;

h) alle wegen militärischer Vergehen in und nach dem Kriege Verurteilten oder noch strafrechtlich Verfolgten.

Schweine, Verloren sind, niedergeschlagen, verhaftet, Strafen, rückständige Geldbußen und Kosten sind zu entlasten.

Bemerkte, auch über bereits verbotene Strafen, die unter die Straffreiheit fallen würden, und im Strafrecht zu lösen. Verlangt von den Gemeindevertretern, daß die Amnestie sofort auf die Tagesordnung gestellt wird und zur Abhandlung kommt!

Es ist keine Zeit zu verlieren, die Forderung nach Generalamnestie mit allem Nachdruck zu betreiben!

In dieser Zeit muß es gelingen, Millionen von Unterstützern des Reichsregierung zu versammeln, um ihr den Willen der arbeitenden Bevölkerung nach Bekämpfung ihrer Klasse genauso aufzuzwingen!

Pflicht eines jeden Proletariers ist es, mit seiner ganzen Person für das Gelände einzutreten.

Orte, in denen noch keine Listen vorhanden sind, erhalten solche sofort auf Anforderung durch

Bezirksoberstand der R.S.D., Dresden, Seilerstraße 5. L. Unterzeichnet die Listen der Amnestieforderung!

Englisch-russische Spannung,

Abbruch der Beziehungen

TU. meldet: Die „Montag“ berichtet aus London: In den englisch-russischen Beziehungen, die durch die Zwischenfälle in China und die russische Agitation in England sehr getrübt worden sind, soll jetzt ein ganz besonders fröhlicher Punkt eingetreten sein, so daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Erwägung gezogen wird.

Die englischen Imperialisten drängen also immer stärker auf eine Auseinandersetzung mit Sowjetrußland. Das wird verständlich, wenn man erfährt, daß in China die Verhandlungen geschleift sind.

Von anderer Seite erfahren wir dazu:

„Daily News“ glaubt, daß Großbritannien Schritte gegen Moskau wegen der Propaganda Sowjetrußlands in China unternehmen werden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt von neuem, daß die gegenwärtige diplomatische Lage zwischen Großbritannien und der Sowjetrepublik schwierig ist. Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: die Regierung werde am Montag im Oberhaus, wo Lord Oxford und Gascoigne die Debatten über die Außenpolitik einleiten werde, nicht nur über den Sicherheitspakt, sondern auch über die Lage in Ostasien sowie auch wahrscheinlich über die Beziehungen zu Moskau einzufließen abstimmen.

(DG) Die „Iswestija“ polemisierte in einem offiziellen Beitrag gegen die aggressive Politik Englands. Auf Lord Birkenheads bekannte Rede gegen den Föderalbewirkerung ist logisch ein Vorstoß gegen den Sowjetbewirkerung gefolgt, nämlich die durch die von englischen Beamten in Hongkong vollzogene Verhaftung des russischen Vertreters des Kapitalistischen Dossiers, modur die Sowjetregierung beleidigt und herausgeführt wurde. Das Blatt warnt England vor den Konsequenzen eines Bruches, die unabsehbar seien.

Stresemann in der Antisowjetfront gebunden

DAZ meldet aus Paris:

Der „Tempo“ betont, daß die französisch-englische Einheitsfront gegenüber Deutschland auf alle Fälle gehärtet bleibt, und fügt hinzu: Es scheint jedoch kaum zweitürlich zu sein, daß sich Stresemann bereits vollkommen im Sinne einer Verständigung festgelegt hat. Er ist durch seine bisherigen Taten gebunden. In dem Tage, da er das Londoner Abkommen über den Dawes-Paus abgeschlossen hat, hat er sich in Wirklichkeit der „Politik der Entspannung“ angegeschlossen.

Die Stunde sei für Deutschland gekommen, zwischen einem deutsch-englischen Block und einem europäischen Block zu wählen. Alle Anzeichen wiesen darauf hin, daß Stresemann die Wahl bereits getroffen und sich für den Westblock entschieden habe. Aber die große Schwierigkeit für ihn besteht darin, die Zustimmung der Mehrheit des deutschen Volkes für diese Politik zu erhalten.

Ameritas Gegen für den Antisowjetpakt

In einer Rede logte Präsident Coolidge, die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten für Sicherheitsvereinigungen zur Erhaltung des Friedens in Europa zu. Mit diesem Versprechen verbund er den Hinweis, daß man nur unter dieser Voraussetzung Amerita eine weitere Mitarbeit an dem finanziellen Wiederaufbau der alten Weltgarantien könne.

Die drohende Lage in England

London, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Smoles, der Vorsitzende des englischen Gewerkschaftsrates, erklärte in seiner Rede über die Arbeitslosigkeit, wenn nicht etwas geschiehe, um die Arbeiterschaft zu helfen, so wird England im kommenden Winter einen Volksaufstand erleben. Die Gewerkschaften würden sich für diesen Fall bereit halten. Es müsse sich wundern, daß die Arbeiterschaft die Dinge noch verhältnismäßig so ruhig erne.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale an den Pariser Arbeitersongress

Moskau, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale sendet folgende Begrüßung an den Pariser Arbeitersongress des Pariser Bezirks:

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale grüßt die Vertreter des Proletariats, die auf dem Arbeitersongress des Pariser Bezirks zusammengekommen sind und für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. Ich begrüße die verschiedenen Arbeiterschaften am Kongreß teilnehmenden. Es beglückwünscht die Organisatoren des Kongresses zu den bereits erzielten Resultaten in der Fortbildung der Einheitsfront gegen den Marokkrieg, der nur vom französischen Imperialismus verlangt wird, und erläutert die Teilnehmer des Kongresses, auf die schnelle Befreiung der Gewerkschafts-Einheit hinzuwirken. Es lebe der Arbeitersongress des Bezirks Paris! Riebe mit dem Marokkrieg! Es lebe die Einheit der Arbeiterschaft!

Rußland protestiert gegen die polnischen Bandenüberfälle

Moskau, 6. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Tschitscherin rief in den polnischen Gebieten einen Protest gegen die Grenzüberschreitung von polnischem auf russischem Gebiet am 28. Juni und 1. Juli. Er fordert darin sofortige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Grenzsicherheit und die Bildung einer gemischten polnischen Kommission zur Untersuchung der Zwischenfälle. Gleichzeitig behält er sich das Recht vor, Schadensersatzansprüche zu stellen.

Belgien für Anerkennung Rußlands

Brüssel, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vonderfelde, belgischer Außenminister, äußerte sich über Sowjetrußland. Seiner Meinung nach müßten die Verhandlungen mit Sowjetrußland weitergeführt werden und die rechtliche Anerkennung dienen Verhandlungen. Dabei dürfte man drei Dinge nicht vergessen: 1. daß Belgien ein gewisses Interesse an dem Rußland der Vergangenheit hätte, 2. daß Belgien die Haltung Sowjetrußlands gegen die georgische Republik nicht vergessen könne, 3. daß es unmöglich sei, im Interesse des Weltfriedens demgegenüber indifferenter zu bleiben, was sich in Sowjetrußland ereignet habe.

Der preußische Fjodor faust Wald von Stinnes

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der amtliche Prediger bestätigt, daß der preußische Hofstaatsrat dem Stinnesprinzipien 10.000 Morgen Fjodor im Regierungsbezirk Königsberg abgetragen habe. Er rechtfertigt sich damit, daß der Fjodor die Forsten zur Erhaltung seines eigenen Waldes billig habe kaufen können. Der Kaufpreis wird nicht bekannt gegeben. Das bürgerliche Blättchen ergibt sich weiter, daß es bei dem Hofgutsbesitzer des preußischen Staates vom Stinnesprinzip um umgebauten Ackerlandfläche, auf denen nur einige Holzgewächse wachsen, im Ausbauungsbereich geblieben.

Claudia

Gegen die Heke und Heuchelei der SPÖ.

Die "Dresdner Volkszeitung" bringt in Nr. 147 vom 1.7.25 unter "Parteiaufsichten" die "Große Dresdner" einen Bericht an die SPÖ-Betriebsvertretungsleitung, wonin es aufgefordert wird, die Unterstützungen für die von der "Kreis-Solid-Dresden" herausgegebenen Sammelheften für die Generalstreikzeit zu verneinen. Es ist bezeichnend und reizvoll zu merken, daß schon einmal durchaus ehrliche Freiheitspioniere gegen die Karte Solid ein Widerstand gezeigt haben, was nur Schneider hinter der "Zuschauer" für die Amnestierung des politischen Verbrechens steht.

Es dürfte wohl der SPÖ bekannt sein, daß der Kampf der Roten Seite kein einseitiger Parteikampf, sondern ein Kampf um die Befreiung aller proletarischen Gefangenen ist, welche aus politischer Leidenschaft vor jetzt bestehenden Klauenhäuschen zum Opfer fielen.

Demnach können auch Rennen jedoch eingerichtet werden, doch die Rote Seite jeden ohne Parteiaufschied. Dafür ist Seite steht gerade Mitglieder der SPÖ auch ein, welche bei der Rote Seite Thesen haben, die von den sozialdemokratischen Parteien nicht vertreten werden, und das sehr maßgeblich beobachtet wird.

Zußerdem ist es mehr zweckmäßig zu machen, daß der Anteilungskampf der Rote Seite mit Mitgliedern der SPÖ am leichter zu erzielen sollte, wenn man die Rote Seite mit ihren Freunden durchsetzt, die Sympathie der SPÖ bestärkt werden.

Was nun die Ausdehnung nach Westen betrifft, wie ichne anfangt, so seien mir unter den ersten Punkten die drei wichtigsten genannt: Die Rote Seite soll:

a) im Jahre 1926 an Bewegungen, Auftreten, Kämpfen und Kämpfen wirtschaftlicher, militärischer und politischer Art anfangen bei Aufarbeitung und der sich aus dem plötzlichen Übergang des polnischen Arbeitstribus ergebenen wirtschaftlichen und politischen Folgen.

b) im Spätjahr 1926 an den Abenteuer des nun blühenden aus der sozialen Sozialrevolutionären Umlaufes und die von im Winter 1925-1926 durch umstrittene sozialdemokratische Unternehmungen mit ihren bestreitbaren militärischen und politischen Auswirkungen.

c) im Jahre 1928 an den Aufbau eines sozialdemokratischen Bündnisses auf Basis einer gemeinsamen Aktion, durch Feuer, Schrot und Granaten, Schilderung der Frontkämpfer, Arbeitskämpfer und abschaffende soziale Errungen.

Außerdem ist zu fordern, daß noch ein zweiter Kämpfer, daß die Rote Seite am Ende des Jahres 1928 mit dieser Aktionen noch beweisen kann, daß man diese Aktionen nicht zuvor mit politischen oder sozialdemokratischen Kämpfern als Vorbild hat, sondern mit dem ersten Kämpfer der SPÖ-Antworten abweichen darf.

Was aber die drei nächsten Phasen anlangt, so kann jeder Einzelne erkennen, daß es außer Straßkämpfe besteht, die lediglich auf Grund der Regierungsmassnahmen des Kabinets Zeigner-Viebmann heruntergeht und wenn also die SPÖ die Unterschleißheim- und Wittenbergsche Aktionen nicht aufnimmt, so die Amnestie der Gefangenen am Ende des Jahres 1928 nicht mehr in Betracht kommt.

Was aber die drei nächsten Phasen anlangt, so kann jeder Einzelne erkennen, daß es außer Straßkämpfe besteht, die lediglich auf Grund der Regierungsmassnahmen des Kabinets Zeigner-Viebmann heruntergeht und wenn also die SPÖ die Unterschleißheim- und Wittenbergsche Aktionen nicht mehr in Betracht kommt,

Was aber die drei nächsten Phasen anlangt, so kann jeder Einzelne erkennen, daß es außer Straßkämpfe besteht, die lediglich auf Grund der Regierungsmassnahmen des Kabinets Zeigner-Viebmann heruntergeht und wenn also die SPÖ die Unterschleißheim- und Wittenbergsche Aktionen nicht mehr in Betracht kommt,

Was aber die drei nächsten Phasen anlangt, so kann jeder Einzelne erkennen, daß es außer Straßkämpfe besteht, die lediglich auf Grund der Regierungsmassnahmen des Kabinets Zeigner-Viebmann heruntergeht und wenn also die SPÖ die Unterschleißheim- und Wittenbergsche Aktionen nicht mehr in Betracht kommt,

Daraus geht also reichlich eine Unterschleißheim zu den Sammlungen! So gibt Millionen von Stimmen auszubringen, damit der Willen nach Generalamnestie die wählenden Regierungsstellen zur Durchführung der Aktionen zwingt!

Der Bezirkssouverän der R. S. Ostholzien.

Quittung

Für die streitenden Tätigkeiten Holzkau, Post Oberriedersdorf Thomas 42,20 M., Poststelle Zittau auf Sammelzettel 791 5,20 M., Ehenglocke C. A. Körber, Neugersdorf 791, 21,85 M., insgesamt 68,75 M. Bezirksleitung Ostholzien.

Freital

Wie die Stadt die Zuschläge der Arbeiter abbaut

(Von einem Arbeiter.)

Es werden jetzt die Haushalte geräumt und dazu hat die Stadt Wohlert sie, aber in welchem Zustand! Die Arbeiter im Postamt hatten diese Arbeit gemacht, man war aber noch nicht im Postamt, da hatte man die Stiefel nach Wasser und dazu noch flüssiges, fülltes. Es ist hier kein Wunder, wenn man frant wird und das Reichen bekommt. Für diese Arbeit gab es bis jetzt 20 Prozent Zuschlag. Doch am Lohnstag wurden nur 10 Prozent bezahlt. Alles Proletarien half nichts, und es ist Blöd des Betriebsrates, hier abzuheben. Auch bei dem Tageswollertervertrag gibt es jetzt keinen Zuschlag mehr (rest 10 Prog.). Die Stadtverwaltung mag diese Sachen unterlassen und nicht Gelder für kostspielige Springbrunnen ausgeben, welche wieder weggerissen werden müssen, weil sie zu viel liegen (siehe Neumarkt). Die Arbeiter fordern die Nachzahlung der 10 Prozent und wöchentlich wasserdiene Stiefel.

Wasserzustand in Höckendorf (jetzt Justiz von Tölpelte). Dort befindet sich eine Pumpstation, welche schon seit Jahren nicht mehr in Betrieb ist. Durch diesen Mangel läuft täglich eine immenste Trinkwasser (Quellschlamm) fort, ohne ausgenutzt zu werden, ebenso im Holzborn und Radeberg. Hat die Stadtverwaltung die Pflicht, diesen Mißständen abzuheben?

Arbeitsamt. Zur Volkszählung wurden an arbeitslosen Personen 17.687 männliche und 18.584 weibliche, zusammen 36.101 Personen gezählt. Dieses Ergebnis stimmt annähernd mit der Bevölkerungsabschätzung auf Grund des Meldebelegs überein. Abgegeben sind 10.237 Haushaltungslisten, 1.600 Gewerbedenzen und 363 Land- und Forstwirtschaftsbogen.

Chen-Ling-Ruo u. Dr. Gschmid, M. d. L. sprechen Montag, den 8. Juli abends 8 Uhr in „drei Linden“, Dautzen, über: China-Ruhrland und der Weltimperialismus, Zollmünze und Aufwertungsbetrug in Deutschland!

Neuerwerbungen der Höhstlichen Bücherei Freital. Eulenberger, Herbert: Schottenhüter. Neue Bilder. Legie, Walther: Bilder für kulturbildende hellstrom. Ver.: Die vier Elemente. Roman: Iwanow, B. C.: Die Apothekenschlachten. Roman: Mann, Thomas: Der Zauberberg. Roman: Morgenthau, Otto: Eulenberger. Eine Entwicklung in Aphorismen und Gedankennotizen. Rezo, Anderten: Subne. Roman: Röhlund, Roman: Vermischte Seile. Roman: Reileweske: Berg. Begegnung. Eine von Jugendgeln nach Afrika. 1923. Die Jagdzeit: Jede Woche im Freierland. Ebert, Paul: Süßes. Erinnerungen. 1924. Oberndorff, A.: In den Dschungeln der Wilden und Menschen. Oberndorff, A.: Tiere, Menschen, Götter. Als der Grashalb, A. W. Bei den Kopfhängern des Amazonas. 1924. Hedin, Egon: Mount Everest. Plochhammer: Logbuch des 32. 3.

Die Schuhmacher wählen zum UDGB-Kongress den Genossen Hörr

Johannowitz. In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung sprach am Donnerstag Genosse Dr. Schmidmeier über China, Marokko — die Linie der imperialistischen Weltpolitik". Mit Interesse hörten die mehr als 200 Besucher die Schilderungen des Referenten über die häuerlichen und politischen Verhältnisse in Ostasien. Die Stimmung der Versammlung wurde in einer Entschließung ausgedrückt, die einstimmige Annahme fand und wie folgt lautet:

"Die in der „Goldenen Krone“ erschienenen Versammlungsbücher sind enttäuscht über die Grausamkeiten der chinesischen Brutalität, die im Auftrag der europäischen, amerikanischen und japanischen Kapitalisten ihr blutiges Handwerk treiben.

Mit Abschluß nimmt die Versammlung Kenntnis von der schrankenlosen Ausbeutung und Misshandlung jeglichen Menschenlebens durch den „totalitären“ europäischen und amerikanischen Kapitalismus.

Die Versammlungsbücher begrüßen den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiter und Bauern Chinas mit großer Freude und wenden ihm ihre offene Sympathie zu. Mit Begeisterung stellt die Versammlung fest, daß an der Spitze des heftigen Kämpfers gegen den ersten Arbeitstaat, gegen Rote Ruhrland, sowohl die rechten, wie auch die linken Sozialdemokraten stehen. Ruhland war, ist und wird bleibender Hörer der Kämpfer gegen die kapitalistische Ausbeutung und der Helden der rebellischen, wahrhaft internationalen Arbeiterklasse.

Vorwärts, ähnliche Arbeiter und Bauern, zur Befreiung vom kapitalistischen Tod! Im Bündnis mit den russischen sozialistisch-föderativen Sowjetrepubliken werden ihr und werden wir die Ausbeuter und Räuber, die Kapitalisten und Imperialisten der ganzen Welt, erdrücken."

Die Versammlung brachte bei glänzender Stimmung mehrere Adressen und Vortragsteller.

Heidenau

Heidenau. (Stadtverordnetenversammlung) Durch den Antrag des Gen. Schmelz werden noch zwei Einwohner zur Sitzung zugelassen. Gen. Holzmann verlangt, daß Punkt 3 und 4 der nichtöffentlichen Sitzung vor der Öffentlichkeit behandelt werden. Dieser Antrag wird von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront abgelehnt.

Wie die Steuerzahlen der Einwohner für Luxus verschwendet werden, zeigt das Verlangen einer Einrichtung einer Wand und eines Tierbrunnens am Rathaus. Das Vorbringen der Wand wurde von unseren Genossen gutgeheissen, aber gegen das Herauswerfen von 800 Mark für einen Tierbrunnen wendete sich Gen. Winkler mit aller Schärfe unter Hinweis auf die in noch keiner Weise gemeldete Wohnungsnutzung. Die Reparatur der Mauer in eigener Regie zu übernehmen, wurde von den unternehmerfreundlichen SPÖ-Heldern und den übrigen Bürgern abgelehnt. — 3000 Mark mügeln zur Reparatur des Grundstückes Gabelsbergerstraße 3 nachgewilligt werden. Diese Arbeit hatte die Firma Demmler bekommen und sollte sie ausgeführt, doch durch das Einbrechen des Gen. Winkler in die Firma verzögert wurde, die gelegene Schwartzenbretter wieder herauszuräumen und dafür richtige Dielen zu legen. Ähnlich liegen auch andere Arbeiten aus. — Die gesamte häusliche Obhutung soll dieses Jahr an einen einzelnen Pächter vergeben werden. Die kommunistische Fraktion beantragte, das Objekt vor der Stadt plündern zu lassen und zum niedrigsten Preis an die Minderbemittelten abzugeben. Dieses wird abgelehnt. — Der Herstellung einer Schwimmschule im Licht- und Luftbad wird zugestimmt. — Das der Schulausbau das Recht behält, leidlich über das Anhauen von Lehrmitteln zu entscheiden, wurde vom Rat nicht anerkannt und mußte erst einstimmig vom Kollegium beschlossen werden. — Zum Einrichten eines dritten Jimmers der Berufsschule werden weitere 1200 Mark benötigt. — Ein Antrag des Sportvereins Heidenau, den Teilnehmern an der internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt eine Reisebeihilfe zu gewähren, wurde vom Rat abgelehnt. Erst ein Antrag der KPD-Fraktion, der bestimmt, für 15 Männer 25 Mark Reisegehalt und 10 Mark Reisebeihilfe zu gewähren, hatte den Rat überzeugt, entgegenzutun. Diesem wurde zugestimmt. — Erste Debatte entschieden sich bei unserem Antrag: "Generalamnestie für alle politischen Gefangenen." Bei diesem Punkt entspannte sich die sozialdemokratische Fraktion in Richtung eines Rosse und Sessing. Der Stadtverordnete Kleuner (SPD) vertrug sich zu solchen Gemeinschaften gegenüber den proletarischen Gefangen, daß ihm der Gen. Gleisberg logen mußte: er wäre wert, daß ihm die Arbeiter ins Gesicht spuckten. — Die Dummkopf der Sozialdemokratie ging sowieso, doch verlangten, wir sollten unseren Antrag dahin erweitern, den Gefangenen der Konterrevolution in Ruhrland mit zur Amnestie zu erhalten. Wo solche Leute freizulassen, die sich gegen einen proletarischen Staat vergangen haben. Wir empfehlen diesen Leuten, einmal das Buch der englischen Gewerkschaftsleitung — eine Kritik englischer Sozialdemokratie — zu lesen, damit sie den Unterschied zwischen dem kapitalistischen Staat und Sowjetruhrland erkennen.

Staten außer Föllung. Die Wahlbehörden lösen große Bevölkerung im Saal aus, die Volkszählung lädt natürlich wieder vor Handlangerdiensten der Kommunisten für die Reaktion, die Kommissare, mit denen man dabei auf den Sitzungssaal geht. Alle wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten bis zum Jahr 1925 einzubeziehen. Nachdem der Antrag des Genossen Kampfrahm begründet war, erklärt die Sozialdemokratie, für den Antrag zu stimmen, wenn sie auch nicht mit dem Zahlenmaterial, was vorgetragen sei, einverstanden wären. Die Bürgerlichen waren gegen den Amnestieantrag, zwei Deputierte verzieren vor der Abstimmung den Saal.

China den Chinesen!

Es spricht der Chinesen Chen-Ling-Ruo

Montag, 7. Juli, abends 7.30 Uhr Stadthalle

Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr Stadthalle

Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr Oberbaudirektorat

Freitag, 10. Juli, abends 8 Uhr Geheimerstaatspolizei

Sonnabend, 11. Juli, abends 8 Uhr Rennbahn

Meilen

Meilen. Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Juni standen einige Punkte, die die Bevölkerung notwendig machen. Punkt 5 der Tagesordnung: Verwendung eines Wustauschlechtes mit Stahl zu 100.000 Mark zum Bau von Wohnungen. Die Sozialdemokratie beantragten, die Hälfte vom Rathaus zum Bau von städtischen Wohnungen zu verwenden und die andere Hälfte an Privat- und Eigentumswohnungen auszuleihen, was natürlich verhindern sollte. Zustimmung der bürgerlichen Vertreter erfolgte.

Genossen Kampfrahm beantragte, die gesamte Summe zum Bau von städtischen Wohnungen in eigener Regie zu verordnen, die Sozialdemokratie brachte die gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter dagegen auf. Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Bei Punkt 7: Genehmigung von 1000 Mark für die Sozialdemokratie, beantragten unsere Genossen, die 1000 Mark dem Kinderheim der R.S. zu überweisen. Von beiden des Rates und der bürgerlichen Vertreter wurde ein Loblied auf die Tätigkeit der Schweizer gehalten, aus Dankbarkeit sollte man die 1000 Mark bewilligen. Genossen Kampfrahm forderte eine Zwischenurteile auf. Ein bürgerlicher Vertreter erzählte Märchen, daß die Schaffungstreue des Gen. Kampfrahm zu ihrem Tempel stehen, von kommunistischen Seiten in die dienen Herren entgegen, daß es wahrscheinlich ihre Freunde sind, aber keine Kommunisten. Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, die Ratsamttag mit bürgerlicher Mehrheit angenommen. Das genehmigte unsere Genossen und die Sozialdemokratien. — Eine lange Debatte entspans sich bei Punkt 8. Die bürgerlichen Vertreter hatten in der letzten Sitzung eine Erlösung gegen ein sozialdemokratisches Abzugblatt abgelehnt, diese Erlösung fand zur Debatte. In diesem Abzugblatt verteidigten die Sozialdemokratien ihre Politik im Stadtparlament, hatten aber in der sozialdemokratischen Weise vergessen, die Politik ihrer Führer im Rat und Landesparlament mit zu zeichnen und nur die egoistische Politik der bürgerlichen Vertreter zu kritisieren. Zwei sind die Gründer standen hier dort um kleinliche Dinge. Genossen Kampfrahm vertrat den Standpunkt der Kommunistischen Partei, der die kapitalistischen Geschäftsführer und Wirtschaftsorden, in der Eigentum, Brüderlichkeit oberste Sache, die herrschenden Klassen vertreten, es vorzugsweise, ihre Interessen auch in den Gemeinden zu wahren. Und daß die Kommunalpolitik abhängt vom Reichs- und Landespolitik ist, beweise ja die Tätigkeit der bürgerlich-sozialdemokratischen Führer in Landtag. Genossen Kampfrahm gab den Sozialdemokraten den Rat, so eine soziale Politik wie die 23 im Landtag zu treiben, dann würden sie Gnade finden vor den Bürgerlichen. Darüber große Erleichterung bei den Sozialdemokraten. Die Feindseligkeit, die der Oberbürgermeister über den Diktator im Sächsischen Landtag bei, beweise ja die Verschlechterung der Gemeindeordnung, brachte die Sozialde-

Metallarbeiter rüsten zur Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress!

Nur noch 8 Tage

fremmen uns von den Wahlen zum Gewerkschaftskongress. Nach neuen Bestimmungen dürfen nur 4 Namen auf die Stimmzettel geschrieben werden. Alle oppositionellen

Metallarbeiter

Schreiben folgende Namen auf den Stimmzetteln:

Arno Schwartz, Plauen,
Martin Hoop, Bautzen,
Paul Leistner, Zwickau (Lichtenau),
Max Eichhorn, Nossen.

Nur diese Namen dürfen auf den Stimmzetteln zu schreiben sein.

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP ist eine sozialdemokratische Partei, die nicht wirtschaftswirksam ist, aber der Zugang zu den Gewerkschaften ist ein sozialdemokratisches Ziel, die Ummautung ein Zweck, wenn man die Gewerkschaften in eine sozialdemokratische Gewerkschaften umwandelt."

Der FDP-Metallarbeiter behauptet: "Die sozialdemokratische FDP

